

Hans Reinhard

Rechtsgleichheit und
Selbstbestimmung der Völker
in wirtschaftlicher Hinsicht

Die Praxis
der Vereinten Nationen



Springer-Verlag Berlin Heidelberg New York 1980

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	1
A. Die Menschenrechtskonventionen von 1966	22
I. Das wirtschaftliche Selbstbestimmungsrecht im jeweiligen Art. 1	22
II. Völkerrechtliche Bedeutung unter Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte.	23
1. Verhältnis zum Souveränitätsprinzip und den Menschenrechten	23
2. Die Grundsätze der Billigkeit und des gegenseitigen Vorteils sowie des Schutzes der wirtschaftlichen Existenzmittel.	26
3. Sinngehalt bei Völkern mit eigenem Staat und unter fremder Jurisdiktion	29
III. Annahme durch den 3. Ausschuß der Generalversammlung	30
IV. Art. 25 der Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte sowie Art. 47 der Konvention über bürgerliche und politische Rechte.	30
V. Annahme der Menschenrechtskonventionen durch die Generalversammlung und ihr Inkrafttreten	32
B. Proklamation des Verfügungsrechts über die natürlichen Ressourcen durch die Generalversammlung.	33
I. Resolutionen 523 (VI) und 626 (VII) von 1952	33
II. Gegenständlicher Anwendungsbereich	36
C. GV-Res. 1803 (XVII) vom 14. Dezember 1962	38
I. Völkerrechtliche Enteignungsgrundsätze	38
1. Kriterien des öffentlichen Nutzens, der öffentlichen Sicherheit und des nationalen Interesses.	38
2. Gebot einer angemessenen Entschädigung	41
II. Vorbehalt im Hinblick auf Sukzessorstaaten und -regierungen ehemals kolonial abhängiger Gebiete	45

III. Sonstige Aussagen über die Stellung der Staaten gegenüber ausländischen Investitionen	47
IV. Abstimmungsverhalten und Vorbehaltserklärungen	53
D. GV-Res. 2158 (XXI) vom 25. November 1966	56
I. Wesentlicher Inhalt und Stellungnahmen	56
II. Tendenzen in der Staatenpraxis	61
E. Anschließende Resolutionenpraxis bis zur Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten vom 12. Dezember 1974 . .	63
I. Allgemeine Definition des wirtschaftlichen Selbstbestimmungsrechts	64
II. Spezielle Probleme.	72
1. Staatliche Regelungs- und Überwachungskompetenz in Bezug auf multinationale Gesellschaften	72
2. Staatliche Regelungskompetenz in Bezug auf Nationalisierungen und Enteignungen	74
a) Insbesondere Entschädigungsfrage und Konfliktregelung.	74
b) Alternativentwurf zu Art. 2 der Charta	82
c) Exkurs: Innerstaatliche Verfahrensgarantien	84
3. Stellung der Staaten im Hinblick auf die Nutzung gemeinsamer natürlicher Ressourcen	86
a) Stellungnahmen der Generalversammlung, insbesondere unter Aspekten des internationalen Umweltschutzes	86
b) Über zwischenstaatliche Informations- und Konsultationsverfahren.	88
F. Doppelte Bedeutung des völkerrechtlichen Gleichheitssatzes als Bestandteil des Prinzips der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker	96
I. Materielle Gleichbehandlung der Staaten in den internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen	96
1. Bedeutung des allgemeinen Diskriminierungsverbots in kodifikatorischen Generalversammlungs-Resolutionen	97
a) Konkretisierung eines völkerrechtlichen Willkürverbots.	98
b) Anwendung auf den Grundsatz der Meistbegünstigung	99
2. Verpflichtung zur Handelserleichterung zwischen Staaten mit unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systemen	102
3. Folgerungen in Bezug auf die Teilhabe am internationalen Entscheidungsprozeß	103

II. Veränderung der Grundlagen der internationalen Handels- und Wirtschaftsbeziehungen unter Berücksichtigung der tatsächlich ungleichen Verhältnisse	106
1. Durchbrechung des Freihandelskonzepts des GATT	108
a) Präferenzsysteme zugunsten von Entwicklungsländern ohne Gegenseitigkeit	109
b) Produzentenvereinigungen von Entwicklungsländern	114
2. Andere regulierende Maßnahmen	115
a) Hauptforderungen der Entwicklungsländer, insbesondere integriertes Rohstoffprogramm	116
b) Kapitalhilfe und Technologietransfer.	119
c) Resümee und Perspektive	121
3. Besondere Privilegierung bestimmter Kategorien von Entwicklungsländern.	122
4. Zum Sonderproblem der Teilhabe aller Staaten an der Erforschung und wirtschaftlichen Nutzung des Meeresbodens und seines Untergrundes jenseits der Grenzen nationaler Jurisdiktion	127
G. Zusammenfassender Überblick über die Bedeutung der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten für das Prinzip der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker	133
H. Bedeutung des Prinzips für die Kodifikationsarbeiten der Völkerrechtskommission über den Schutz erworbener Vermögensrechte bei einer Staatensukzession	140
I. Problemstellung	140
II. Traditionelles Rechtsverständnis und seine sozialen Voraussetzungen.	142
III. Besonderheiten bei der Statusveränderung eines Gebietes unter fremder Jurisdiktion	143
IV. Exkurs: Globalentschädigungsabkommen als Indiz für Veränderungen einschlägiger traditioneller Völkerrechtsnormen	146
V. Stellungnahmen zu den Berichten des Sonderberichterstatters	148
J. Bedeutung des Prinzips für die Neuordnung des Meeresvölkerrechts.	153
I. Küstennahe Meereszonen als Gegenstand des Prinzips der ständigen Souveränität über die natürlichen Ressourcen	153
II. Problemstellungen bei den Arbeiten des Meeresboden-Ausschusses der Generalversammlung.	157
1. Die territorialen Küstengewässer.	157
2. Die staatliche Wirtschafts- oder Fischereizone	157

a)	Befürworter unter den Küstenstaaten	157
b)	Wesentlicher Inhalt der Vorschläge	158
c)	Tatsächliche Bedeutung der allgemeinen Einrichtung einer staatlichen Wirtschaftszone von 200 sm	166
d)	Kritische Stellungnahmen	166
e)	Entwicklung der Staatenpraxis	168
3.	Die küstenstaatliche Jurisdiktion über den Festlandsockel . .	168
a)	Methoden der seewärtigen Begrenzung	168
b)	Kritik am Gedanken der natürlichen geographischen und geologischen Konfiguration	170
c)	Bezugnahmen auf die Genfer Konvention von 1958	171
d)	Vorschlag einer einheitlichen Regelung in Verbindung mit der staatlichen Wirtschaftszone	173
e)	Vorschlag einer Kombination von staatlicher Jurisdiktion und Ertragsbeteiligung einer internationalen Behörde . . .	174
f)	Schutz „erworbener Vermögensrechte“	175
4.	Anspruch der Binnenstaaten und anderer geographisch benachteiligter Staaten auf Teilhabe an den natürlichen Ressourcen der Weltmeere	177
a)	Spannungsverhältnis zu den küstenstaatlichen Jurisdik- tionsansprüchen	177
b)	Regelungsvorschläge	178
c)	Reaktion von für eine exklusive staatliche Wirtschafts- oder Fischereizone eintretenden Küstenstaaten	183
5.	Hinweis auf spezielle Komplexe	185
a)	Binnenmeere und teilweise geschlossene Meere, Archipele und Inseln	185
b)	Abgrenzung des maritimen staatlichen Jurisdiktionsbe- reichs im Verhältnis zu angrenzenden und nahe gegen- überliegenden Küstenstaaten	186
6.	Ausnahmeregelung in Bezug auf Territorien unter fremder Jurisdiktion	187
7.	Folgerungen	188
III.	Regelungsbefugnis der Staaten entgegen den traditionellen Normen des Meeresvölkerrechts	189
IV.	Bedeutung und Erfolgsaussichten einer vertragsförmigen Kodi- fikation	194
K.	Wirtschaftliche Schutzrechte der Völker unter fremder Jurisdiktion	196
I.	Wirtschaftliche Schutzbestimmungen in Treuhand-Abkommen der Vereinten Nationen	196
II.	Fortentwicklung dieses Rechtsgedankens durch die Generalver- sammlung	196

1. Res. 2288 (XXII) vom 7. Dezember 1967	197
a) Wesentlicher Inhalt und vorbereitende Arbeiten des Sonderausschusses für die Entkolonisierung	197
b) Diskussionen im Sonderausschuß und im 4. Ausschuß der Generalversammlung.	199
c) Meinungsstreit über entsprechende subjektive Rechte eines Volkes unter fremder Jurisdiktion.	202
d) Schutzpflichten der Staaten gegenüber Völkern unter fremder Jurisdiktion	203
e) Programmatische Stellungnahmen.	204
2. Anschließende Resolutionenpraxis	205
III. Einzelfälle	206
1. Territorien ohne volle Selbstregierung und Treuhandgebiete	206
a) Basutoland, Betschuanaland und Swasiland	206
b) Nauru	207
c) Pazifische Inseln (Mikronesien), Neu-Guinea (Papua Neu- Guinea) und kleine Insel-Territorien	208
d) Staudammprojekte in Mosambik und Angola	211
2. Der Sonderfall Rhodesien	212
3. Das Apartheidsystem Südafrikas	216
4. Südwestafrika (Namibia).	225
5. Besetzte arabische Territorien	236
IV. Allgemeine Bestimmungen über eine Restitutions- oder Ersatz- pflicht in der neueren Resolutionenpraxis der Generalver- sammlung	242
L. Die wirtschaftliche Komponente des Prinzips der gleichen Rechte und der Selbstbestimmung der Völker als Bestandteil des ius cogens und des internationalen ordre public	248
I. Verständnis des Prinzips als zwingendes Völkerrecht	248
1. Im Hinblick auf den internationalen ordre public.	250
2. Unter dem Aspekt des ius cogens	251
II. Speziell: Der zwingende Charakter der wirtschaftlichen Kom- ponente des Prinzips	252
1. Im Hinblick auf den internationalen ordre public.	252
a) Art. 16 der Charta der wirtschaftlichen Rechte und Pflichten der Staaten	252
b) Wirtschaftliche Schutzrechte der einheimischen Bevölke- rung von Territorien unter fremder Jurisdiktion	253
2. Unter dem Aspekt des ius cogens	254
a) Verträge zu Lasten eines unbeteiligten Subjekts des Selbstbestimmungsrechts	254

b)	Grenzen der vertraglichen Bindung für ein selbständiges Subjekt des Selbstbestimmungsrechts	254
c)	Über neuere völkerrechtliche Kooperations- und Investi- tionsschutzverträge	256
d)	Rechtsbegriffliche Einordnung.	257
e)	Freiwillige Souveränitätsbeschränkungen auf der Basis der Gleichberechtigung.	258
f)	Exkurs: Art. 103 der UN-Charta.	258
III.	Meinungsstand unter den Mitgliedstaaten	259
1.	Zur Anerkennung als <i>ius cogens</i>	260
2.	Zu Sanktionen der Vereinten Nationen wegen Verstoßes gegen den internationalen <i>ordre public</i>	261
M.	Verhältnis zum Grundsatz der Nichtintervention	264
I.	Selbstbestimmungswidriger Zwang gegenüber Staaten im Sinne der Resolutionen von Generalversammlung und UNCTAD.	264
1.	Wesentlicher Inhalt der Bestimmungen	264
2.	Bedeutung für die staatliche Handlungsfreiheit	271
a)	Im internen Jurisdiktionsbereich	271
b)	Bei der Außenwirtschaftspolitik	280
3.	Konsequenzen für die Beurteilung von Fremdeinwirkungen	284
a)	Unter dem Aspekt der Repressalie	284
b)	Bei grundsätzlich völkerrechtlich zulässigen Verhaltens- weisen.	287
4.	Zum Sonderproblem der Anerkennung fremder Hoheitsakte durch staatliche Gerichte	298
5.	Resümee	303
II.	Völker unter fremder Jurisdiktion und das Interventionsverbot	305
1.	Anwendbarkeit des Grundsatzes der Nichtintervention	305
2.	Folgerungen	308
	Anhang	312
	Literaturverzeichnis	351